



**TÜRKEI
STAATSWESEN
INSTITUTIONALISIERUNG
DER DIKTATUR**

**REFERENT
PROF. ILBER ORTAYLI**

**RAUM 46/56
SCHLOSS**

**DIENSTAG 21.6.88
UM 19.30 UHR**

VERANSTALTER ASTA THD

Seit Inkrafttreten des Kriegsrechts (Dez. 78) wurden über 200.000 Menschen vor Militärgerichten in der Türkei angeklagt. Hunderte Todesstrafen wurden verhängt. Fünfzig Menschen wurden seit den Militärputsch am 12.9.80 hingerichtet. So lautet die stolze Bilanz der türkischen Justiz.

Als die Generäle 1980 putschten, hieß es zur Rechtfertigung der Militärdiktatur, die Türkei wäre nicht mit Lateinamerika zu vergleichen, das Militär hätte keine politischen Ambitionen. Inzwischen hat die Generalität ein umfassendes System von Gesetzen, Institutionen und Parteien geschaffen, das sie als Rückkehr zur Demokratie verkauft. Ein näherer Blick darauf zeigt aber, daß es sich hier nur um die Institutionalisierung der Gewaltherrschaft handelt.

Kernstück der "Demokratie" der Generäle ist die Verfassung von 1982. Schon ihr Zustandekommen ist bezeichnend. Eine von der Junta handverlesene "Beratende Versammlung" arbeitete den Entwurf aus. Dieser löste solch eine Kritik in der Öffentlichkeit aus, daß die Junta zum üblichen Mittel griff: Sie untersagte die Diskussion über das Grundgesetz schlicht und behielt sich selbst das Recht vor, sich über die Verfassung zu äußern.

Vor der Abstimmung über die Verfassung durfte nur Propaganda für die Zustimmung gemacht werden. Zusätzlich war die Annahme der Verfassung gleichzeitig die "Wahl" von Putschgeneral Evren zum Staatspräsidenten. Wie die faschistischen Plebiszite erhielt die türkische Verfassung eine Zustimmung von über 90%.

Präsident Evren verleiht sie eine ungeheure Machtfülle. Er ernennt den Ministerpräsidenten, die wichtigsten Richter, die Mitglieder des Staatskontrollrates, des Hohen Bildungsrates, den Direktor von Radio und Fernsehen usw. So werden die wichtigsten Positionen des Staates durch Günstlinge des Präsidenten besetzt.

Um alle gesellschaftlichen Bereiche strikter staatlicher Überwachung zu unterwerfen, wurden eine Reihe neuer Institutionen geschaffen. Der Staatskontrollrat überprüft alle öffentlichen Einrichtungen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts, die gemeinnützigen Vereine, sowie die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Streitkräfte unterliegen nicht seiner Kontrolle.

Die Hohe Schiedsstelle hat in allen Tarifkonflikten das letzte Wort. Nach sechzig Tagen kann sie einen Streik untersagen. Dabei sind die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften ohnehin stark eingeschränkt: sie dürfen keine politischen Ziele verfolgen, sowie keine Unterstützung von Parteien erhalten oder diesen gewähren. Die Zusammenarbeit mit Vereinen und Stiftungen ist ebenfalls verboten. Die Verfassung untersagt politische Streiks, Solidaritätsstreiks und selbstverständlich einen Generalstreik. Die Aussperrung ist nicht verboten.

Wie die Gewerkschaften unterliegen auch die politischen Parteien umfangreichen Beschränkungen. Auch sie dürfen nicht mit anderen Organisationen zusammenarbeiten. Beamten, Juristen, Hochschullehrern und Studenten, sowie Angehörigen der Streitkräfte ist die Mitgliedschaft in einer Partei grundsätzlich verboten. Darüberhinaus müssen sich Parteien der türkischen Sprache bedienen. Das kurdische Volk wird einmal mehr daran gehindert, seine Interessen zu artikulieren. Neben den organisatorischen Auflagen unterliegen die Parteien einer ideologischen Zensur. Schon die Verfassung bestimmt, daß eine kommunistische Partei nicht gegründet werden darf.

Schon vor dem Putsch wies das türkische Strafgesetzbuch Bestimmungen auf, die direkt vom faschistischen Italien übernommen worden waren. Die Paragraphen 141 und 142 stellen jede klassenkämpferische Propaganda oder Organisierung unter die Drohung von fünf bis fünfzehn Jahren Gefängnis. Den Leitern solcher Organisationen droht die Todesstrafe.

Eine Brutstätte von "Anarchie" und "Terror" machten die Militärs in den Hochschulen aus. Mit Gründung des Hohen Bildungsrates wurden die türkischen Universitäten ihrer Autonomie beraubt und praktisch in Kadettenanstalten verwandelt. Tausende von Hochschulangehörigen mußten wegen ihrer Gesinnung die Universitäten verlassen.

Prof. ILBER ORTAYLI ist einer derjenigen, die aus Protest gegen die Eingriffe der Militärs die Universitäten verließen. Bis März 1983 lehrte er an der Universität Ankara als Historiker und Politologe. Er wird über das politische System und die aktuelle politische Situation in der Türkei berichten.